

PERSPEKTIVEN

Eine Karawane für Land, Wasser und Saatgut

Seiten 4 – 5

«Die Container
mit Gentechfutter
standen schon
im Basler Hafen»

Seite 7



BROT FÜR ALLE

Liebe Leserin, lieber Leser

«Gib einem Hungernden einen Fisch und er wird einmal satt. Lehre ihn fischen, und er wird nie wieder hungern» – dieses Sprichwort wird oft zitiert als Beispiel, dass Hilfe zur Selbsthilfe nachhaltiger ist als nur zu geben. Eine Haltung, die in der Entwicklungszusammenarbeit heute die Regel ist. Doch was, wenn die Gewässer von Dritten leergefischt werden? Wenn ein Konzern Exklusivrechte für einen Küstenstreifen beansprucht? Dann kommt die Entwicklungspolitik ins Spiel, die Arbeit von *Brot für alle*.

Ihr Ziel ist es, Rahmenbedingungen so zu verändern, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes, würdiges Leben führen können. Es gilt herauszufinden, wer die Gewässer leerfischt und ob das Exklusivrecht auch rechtens ist. Es braucht Gespräche mit Betroffenen und Politikerinnen. Es gilt, die Missstände an die Öffentlichkeit zu bringen. Und es müssen zivilgesellschaftliche Kräfte vernetzt und gestärkt werden, die dagegen angehen. Oft braucht es einen langen Atem. Im Wissen darum, dass diese Arbeit nicht immer sichtbar, aber immer grundlegend ist.



Bernard DuPasquier, Geschäftsführer *Brot für alle*

INHALT

ÄTHIOPIEN

Informationen für alle

Seite 6

KONZERNE

Die meisten Konzerne haben keine Menschenrechtspolitik

Seite 9

MENSCHEN IN AKTION

In kleinen Schritten die Welt verändern

Seite 10

Impressum:

Herausgeberinnen: *Brot für alle*,
Fastenopfer, 2016
 Chefredaktion: Pascale Schnyder (pst)
 Redaktion: Isolda Agazzi (ia), Patricio
 Frei (frp), Johanna Monney (jom)
 Gestaltung, Layout und Realisation:
 Crafft Kommunikation, Zürich
 Bildbearbeitung: Schellenberg Druck
 AG, Pfäffikon
 Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf
 Auflage: 27 600 de / 7300 fr
 Erscheinung: Viermal jährlich
 Preis: CHF 5.– pro Spender/In werden
 für das Abonnement verwendet
 Kontakte:
Brot für alle, info@bfa-ppp.ch,
 031 380 65 65
Fastenopfer, mail@fastenopfer.ch,
 041 227 59 59



Addax begann mit vielen Versprechungen für die lokale Bevölkerung, geblieben sind Enttäuschung und Unsicherheit.

Öffentlich-private Partnerschaft gescheitert

Die Genfer Firma Addax Bioenergy wollte in Sierra Leone ein Vorzeigeprojekt auf die Beine stellen. Die öffentlichen Gelder – auch aus der Schweiz – flossen zahlreich. Nun hat Addax den Betrieb eingestellt.

2008 startet der Genfer Konzern Addax Bioenergy in Sierra Leone ein folgenschweres Geschäft: Er pachtet 57000 ha Land, grosse Teile bis dahin in Bewirtschaftung von Kleinbauernfamilien. Das Vorgehen, obschon umfassend abgeklärt, wird schnell als Land Grabbing kritisiert. Bald schon werden Bäche zugedeckt, Wälder gerodet, Strassen gebaut. Ab 2013 wächst auf rund 10000 ha Zuckerrohr. Daraus gewinnt Addax Agrotreibstoff für den europäischen Markt. Aus den Abfällen soll ein Elektrizitätswerk betrieben werden. Addax prog-

nostiziert 15 Prozent Gewinn. Öffentliche Gelder von acht Entwicklungsbanken übernehmen die Hälfte der Investition, ein Teil davon stammt aus dem Schweizer Entwicklungsbudget.

«Sonst sind wir hier weg»

Addax sieht das Projekt als Paradebeispiel einer öffentlich-privaten Partnerschaft, wie Nikolai Germann, Geschäftsführer von Addax 2011 gegenüber dem Schweizer Fernsehen sagt: «Dreissig Jahre Entwicklungshilfe haben diesen Menschen nicht geholfen und sie glauben

auch nicht mehr daran. Deshalb haben sie wahrscheinlich sehr viele Hoffnungen in das Addax Projekt. (...) Wir sind eine Privatfirma und haben damit auch kein Problem, weil nur etwas Wirtschaftliches auch wirklich nachhaltig ist, sonst sind wir in drei Jahren wieder weg.»

Doch das Projekt bringt für die Bevölkerung nicht nur Positives: ungerechte Pachtverträge, Beeinträchtigung der Ernährungssituation, nur ein Teil der versprochenen Arbeitsplätze. Das Netzwerk für das Recht auf Nahrung in Sierra Leone, Silnorf,

Partner von *Brot für alle*, beobachtet die Situation vor Ort kritisch, berät Betroffene, hilft Konflikte lösen, vermittelt zwischen Addax und der Bevölkerung.

Krise und Frustration

Vier Jahre dauert es, bis Addax den Betrieb einstellt. Die Bevölkerung ist schockiert, Politiker konsterniert. Die ausländischen Experten verschwinden, Arbeiter ziehen weg und die kleinen Nebengeschäfte der Bevölkerung, wie die Vermietung von Unterkünften oder Esstände, brechen zusammen.

Was ist passiert? Addax hat sich verrechnet. Die 2011 mit 258 Mio. Euro veranschlagte Investition ist bis 2015 auf 455 Mio. Euro angewachsen. Die Zuckerrohrfelder haben nicht den prognostizierten Ertrag gebracht, die fallenden Energiepreise den Erlös zusätzlich gedrückt. Nun scheint mit der umstrittenen britisch-chinesischen Sundbird Bioenergy ein neuer Investor in die Bresche zu springen (aktuelle Infos auf: www.brotfueralle.ch/addax-bioenergy). Doch viele Fragen bleiben offen, etwa, was mit den öffentlichen Investitionen passiert. Klar ist aber, dass die als «nachhaltiges Investitionsmodell» angepriesene öffentlich-private Partnerschaft nicht funktioniert hat. Trotzdem wird dieses Modell bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit und beim Staatssekretariat für Wirtschaft derzeit als die Lösung schlechthin propagiert. Olivier de Schutter, damals Uno-Sonderbeauftragter für das Recht auf Nahrung, war prophetisch, als er 2010 in einem Interview zu Addax meinte: «Es ist ein Pilotprojekt. Wenn das nicht funktioniert, wird keines funktionieren. Private Investoren können den Staat nicht ersetzen.» — *Miges Baumann*

Eine Karawane für Land, Wasser und Saatgut

Anfang März vereinigten sich Bauernorganisationen aus ganz Westafrika auf einer 3500 Kilometer langen Reise gegen Land Grabbing und für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft. Von Ouagadougou bis Dakar sensibilisierten sie Behörden und Bevölkerung für ihr Anliegen.

«Es muss den Menschen bewusst werden, dass die privaten Investoren, die sich unser Land unter den Nagel reißen, nur ihren eigenen Profit im Sinn haben und nicht im Geringsten an die Interessen unserer Länder denken. Das hat uns dazu bewogen, unsere Kräfte zu vereinen», erklärt Mignane Diouf aus dem Senegal nach seiner Ankunft der Karawane in Dakar.

Zwei Drittel aller Land-Grabbing-Fälle der letzten fünf Jahre fanden in Subsahara-Afrika statt. Zahlreiche Gemeinschaften wurden gewaltsam von ihrem Land vertrieben und verloren so den Zugang zu Wasser und Land. Diese Entwicklung hat 300 Organisationen und bäuerliche Netzwerke aus den 15 Ländern Westafrikas dazu bewogen, sich Anfang März gemeinsam auf eine 3500 Kilometer lange Mobilisierungs- und Vernetzungsreise für Erde, Wasser und bäuerliches Saatgut von Ouagadougou bis nach Dakar zu begeben. Rund

200 Personen reisten in drei Bussen von Ort zu Ort. Sie erhoben ihre Stimmen, sprachen mit Opfern von Land Grabbing, nahmen an Saatgutmärkten teil, organisierten Friedensmärsche und sprachen mit lokalen Behörden, denen sie ihre Forderungen und Anträge unterbreiteten. Alles mit dem Ziel, das Thema auf die politische Agenda zu bringen.

«Wir sind die Lösung»

Mit von der Partie waren auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Partnerorganisationen von *Brot für alle*. So etwa Julienne Gounou, Bäuerin und Mitglied der Bfa-Partnerorganisation Synergie Paysanne: «Dank der Karawane weiss ich jetzt, dass

andere Länder mit den gleichen Problemen kämpfen wie wir in Benin und dass wir uns zusammenschliessen müssen.» Sie sei ganz erfüllt von den Gesprächen und Begegnungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Ihre Eindrücke, Ideen und Vorschläge hat sie in ihrem Notizbuch sorgfältig festgehalten. Dank dem Frauenkollektiv Cofresa aus Mali sei ihr etwa bewusst geworden, wie wichtig es ist, sein eigenes Saatgut zu bewahren und organischen Dünger selber herzustellen. «Wir sind die Lösung», steht auf einem Flyer einer Bäuerinnenbewegung aus Burkina Faso, die Gounou in Ouagadougou angetroffen hat. «Ich habe sehr viel gelernt. Am besten gefallen haben mir jedoch die neuen Kontakte mit all den Frauen. Wir werden auch in Zukunft zusammenarbeiten.» — *Maryline Bisillat*



Lebensfreude und Protest sind kein Widerspruch: Eine Bäuerinnenvereinigung fordert mehr Rechte und Ressourcen.

Lesen und handeln

So helfen wir

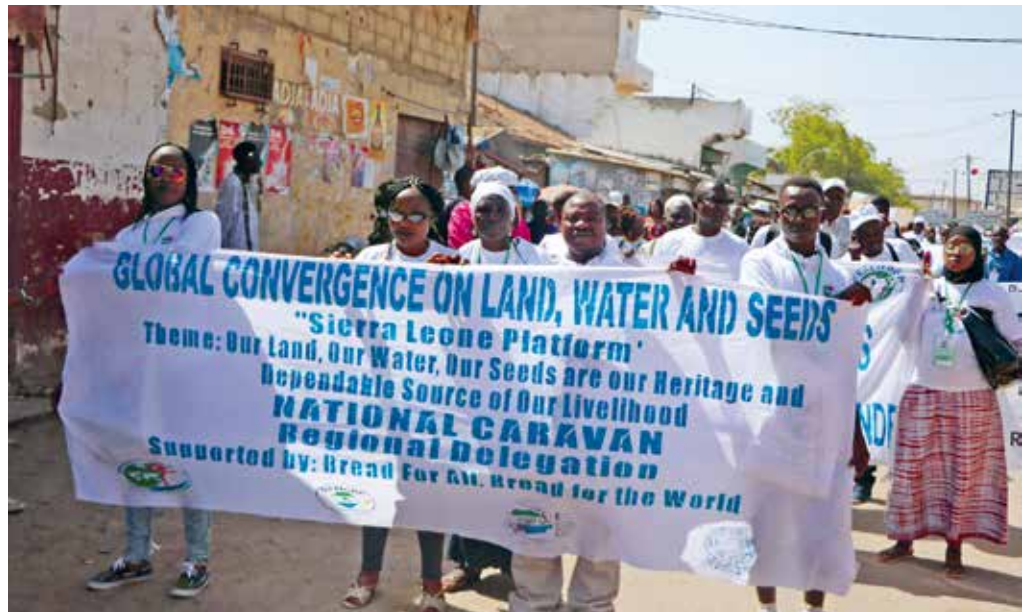
Brot für alle unterstützt die Vernetzung der Bauernorganisationen gegen Land Grabbing und gegen die Monopolisierung von Wasser, Saatgut und Boden. Denn der Zugang zu Ressourcen ist der Schlüssel für die Hilfe zur Selbsthilfe.

So helfen Sie

Unterstützen auch Sie die Bäuerinnen und Bauern in Westafrika: PK 40-984-9



Auch Spass muss sein: Vertreterinnen einer Bäuerinnenorganisation.



Partnerorganisationen von *Brot für alle* tragen ein Banner der Karawane.



Mit drei Bussen reisten die Teilnehmenden von Ouagadougou bis Dakar.



Mit einem kämpferischen Gedicht sprach sich Téné Kanté an einem Workshop gegen transgenes Saatgut aus.



Ein typisches Land-Grabbing-Projekt am Weg: Jatropha-Monokultur für die Herstellung von Agrotreibstoffen.

Informationen für alle

Nachdem die Teilnehmer eines Workshops des Terrorismus angeklagt wurden, kämpft *Brot für alle* umso mehr dafür, dass man ausserhalb Äthiopiens erfährt, was Land Grabbing für die Kleinbauernfamilien vor Ort bedeutet.



Mit einer Petition, öffentlichem Druck und diplomatischen Interventionen forderten die Anywaa Survival Organisation, *Brot für alle* und weitere NGOs die Freilassung von Omot Agwa Okwoy – bislang ohne Erfolg.

«Ja, ich habe manchmal Angst um mein Leben», sagt Nyikew Ochala. Doch für den Geschäftsführer der *Brot für alle*-Partnerorganisation Anywaa Survival Organisation (ASO) steht fest: «Mein Engagement für die Rechte meines Volkes ist eine Berufung. Wenn ich es nicht tue, leiden andere.» Ochala überlegt sorgfältig, wenn er von seiner Arbeit als Vertreter des indigenen Volkes Anywaa (auch Anuak genannt) in seiner Heimatregion Gambela in Äthiopien spricht. Er setzt sich für Ernährungssouveränität und gegen Land Grabbing ein – von seinem Exil in London aus, da sein Engagement eine Rückkehr in seine Heimat verunmöglicht.

Workshop-Teilnehmer in Haft

In Äthiopien hat die Regierung den Ausverkauf von Land an private Investoren in den letzten Jahren drastisch stark vorangetrieben. Alleine in Gambela haben die Bauernfamilien auf diese Weise rund 10 000 km² Land verloren. Ein fruchtbares Tal von der doppelten Grösse des Kantons Bern. 45 000 Personen wurden umgesiedelt, teils unter Bedrohung oder mit Gewalt.

Wer sich in Äthiopien mit Land Grabbing beschäftigt, wird verfolgt. Das wurde *Brot für alle* schmerzhaft bewusst, als im März 2015 die sieben äthiopischen Teilnehmenden eines Workshops verhaftet wurden und drei von ihnen, darunter der Anywaa und evangelische Pastor Omot Agwa Okwoy, des Terrorismus angeklagt wurden. Seither warten sie auf ein Urteil. Organisiert wurde der Workshop von *Brot für alle* und ihren Partnerorganisationen ASO und GRAIN. Sie hatten den Workshop speziell vorsichtig geplant: Die Veranstaltung sollte unter dem unver-

fänglichen Titel «Ernährungssicherheit und Landrechte» im angrenzenden Nairobi in Kenia stattfinden. Die Kampagnen und diplomatischen Interventionen, mit denen die Organisationen seither ihre Freilassung fordern, blieben bislang ohne Erfolg.

Druck von aussen nötig

Für Tina Goethe, Teamleiterin für Recht auf Nahrung bei *Brot für alle*, ist die Inhaftierung der Workshop-Teilnehmenden ein Beweis dafür, wie notwendig die von *Brot für alle* unterstützte Organisation ASO ist: «Zentral ist, dass die Informationen zu Land Grabbing überhaupt den Weg nach draussen finden, denn das versucht die Regierung mit allen Mitteln zu verhindern, um vor den internationalen Geldgebern als Musterknabe dazustehen. Da die Bevölkerung massiv eingeschüchtert wird, ist eine Debatte über die Probleme im Land nicht möglich.»

Für solche Debatten sorgt Nyikew Ochala von ASO. Er überwacht und dokumentiert die Vorgänge in seiner Heimat. Er verifiziert Hinweise, die er erhält, leitet sie an Organisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International oder *Brot für alle* weiter, kontaktiert die Medien. «Mit dieser Arbeit machen wir Druck auf die Regierung und die internationalen Geberländer, die Menschenrechte auch in Äthiopien ernst zu nehmen.»

— Manuschak Karnusian

«Die Container mit Gentechfutter standen schon im Basler Hafen»

Öffentliche Kampagnen und breite Koalitionen sind für politische Erfolge entscheidend. Das weiss die Grüne Nationalrätin Maya Graf aus ihrem Einsatz gegen Gentech.



Maya Graf ist dipl. Sozialarbeiterin und Biobäuerin und seit 2001 als Vertreterin der Grünen Baselland im Nationalrat. Seit 2001 ist sie Präsidentin der Schweizer Allianz Gentechfrei SAG.

2005 stimmten 56 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung dem Gentech-Moratorium zu, obwohl das Parlament dagegen votiert hatte. Was war der Schlüssel zum Erfolg?

Da muss ich etwas ausholen. 1999 standen die Container mit gentechnisch verändertem Mais und Soja als Futtermittel schon im Hafen von Basel. Es gab keine gesetzliche Grundlage, die den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen, den GVOs, geregelt hätte. Dank einer grossen Kampagne der Umweltorganisationen interessierten sich schnell viele Menschen für das Thema. Der Widerstand wuchs täglich. Als Folge kam 2001 ein Vorschlag für ein Gentechnik-Gesetz ins Parlament. Ein Moratorium war dort jedoch chancenlos. Deshalb lancierten wir von der Schweizer Allianz Gentechfrei SAG zusammen mit Umwelt- und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Volksinitiative für ein fünfjähriges Moratorium für das Inverkehrbringen von GVOs. Innert

dreier Monate waren die Unterschriften beisammen und das Moratorium wurde an der Urne angenommen. Das gelang vor allem, weil wir es schafften, in einer breiten Kampagne «gentechfrei geniessen – gentechfrei produzieren» Stadt und Land zusammenzubringen. Alle Bauernorganisationen standen hinter uns. Dazu brauchte es viel gegenseitiges Vertrauen und glaubhafte Persönlichkeiten auf allen Seiten. Auf diese breite Allianz, die bis heute gehalten hat, bin ich stolz.

2017 wird das Parlament erneut über eine Verlängerung des Moratoriums befinden. Müssen Sie immer noch kämpfen dafür?

Die Chancen für die Verlängerung stehen gut, denn Bauernfamilien wie Konsumentinnen und Konsumenten stehen nach wie vor fest dahinter. Es gibt ein grosses Bewusstsein, dass die Schweiz wegen ihrer kleinstädtischen Struktur auf ökologische Qualitätsprodukte setzen muss. Zudem zeigen heute 20 Jahre Erfahrung in anderen

Ländern, dass der grossflächige Freilandeinsatz grosse Probleme bringt: Der Pestizideinsatz und die Abhängigkeit der Bauern von der Agrochemie steigen, und dem ökologischen System werden irreparable Schäden zugefügt. In Westkanada verbreitet sich gentechnisch veränderter Raps heute unkontrolliert und verunmöglicht Biolandwirtschaft.

Hatte das Gentech-Moratorium auch Einfluss auf andere?

Der Volksentscheid war weltweit ein wichtiges Signal, dass sich der Widerstand lohnt. Unsere Gentechfrei-Fahnen wurden kopiert und wehten sogar in Japan. Die Zivilgesellschaft, die sich gegen Gentech-Anbau wehrt, ist europaweit gut vernetzt und hat das Thema auf politische Parkett gebracht. Heute werden ausser in Spanien und Portugal in keinem EU-Land GVOs angebaut.

Und in Entwicklungsländern?

Dass die Bevölkerung der Schweiz, dem Hauptsitz von

Syngenta als einem der grössten Produzenten von GVO-Saatgut, deren Anbau ablehnt, ist in vielen Ländern ein wichtiges Signal. Zudem gibt es regen Austausch zwischen NGOs aus dem Norden und dem Süden. Das Problem sind jedoch vielerorts instabile Regierungen, die den extrem aggressiven Marktmethoden der Agrarmultis nicht standhalten. Auch unsere Regierungen im Norden tragen eine Mitverantwortung. Sie fördern zwar über die Entwicklungszusammenarbeit Agrarökologie, öffnen den Agrarkonzernen dann aber über bilaterale Handelsverträge die Türen zu diesen Märkten.

— Interview: Pascale Schnyder

Lesen und handeln

Der Dokumentarfilm «Mais im Bundeshaus» (2003) zeigt die intensiven Bundeshausdebatten um ein neues Gesetz zur Gentechnik.



Inés Pérez koordiniert das Landesprogramm von *Fastenopfer* in Guatemala, ist Theologin und Quiché-Maya.

Megaprojekte als Allheilmittel für die Armen?

Ich schreibe diesen Text als Vertreterin der Quiché-Mayas, deren Vergangenheit und Gegenwart von Diskriminierung, Ungleichheit und Armut geprägt sind. Er soll aufzeigen, wie in Guatemala derzeit Lobby- und Interessenarbeit betrieben wird, um die guatemaltekkische Gesellschaft «voranzubringen».

Es ist inzwischen offensichtlich, dass die von den Industriestaaten angestossenen Entwicklungsmodelle den Besonderheiten Guatemalas zu wenig Rechnung tragen. Sie sind auf die Unternehmen ausgerichtet, stammen von den Eliten, vergrössern die Abhängigkeit der Armen und den Hunger, zerstören die Natur; und vor allem untergraben sie die Führung und die Verantwortung der Staaten.

Über Megaprojekte schafft diese «Entwicklung» Verbindungen vom Norden in den Süden; Megaprojekte, die als Allheilmittel für die Entwicklung der Armen angepriesen werden. Die Regierungen sind jedoch nicht in der Lage, Verantwortung bei den Unternehmen einzufordern, lassen den Missbrauch an der Natur und die Vernichtung der biologischen Vielfalt zu und machen den Zugang zu Wasser und den Anbau von Lebensmitteln und den lokalen Handel zunichte. Sie führen dazu, dass die Menschen noch abhängiger von den Regierungen werden und ihre Eigenständigkeit verlieren.

Die indigenen Bäuerinnen und Bauern verteidigen ihre Territorien und die Umwelt. Dafür bezahlen viele mit ihrem Leben, mit der Zersplitterung ihrer Gemeinschaft und der Kriminalisierung derjenigen, die sich für die Menschenrechte und die Rechte der Indigenen einsetzen. Der Mord an Berta Cáceres in Hon-

duras und die rechtswidrige Inhaftierung des Maya-Führers Q'anjobal Rigoberto Juárez in Guatemala sind Beispiele dafür.

Der Kampf der Zivilgesellschaft für ihren Boden und ihr Saatgut dauert schon lange – und hat durchaus auch Erfolge vorzuweisen. So erzwang in Guatemala eine Bewegung aus Indigenen, Gewerkschafterinnen und Kleinbauern, zu der auch zwei Partnerorganisationen von *Fastenopfer* und *Brot für alle* gehören, die Aufhebung der Sortenschutzregelung (Dekret 19-2014), auch als Monsanto-Gesetz bekannt (vgl. Dossier).

«Unsere Regierungen sind Handlanger und verschachern unseren Boden an den Meistbietenden»

Inés Pérez

Eine Forderung der reichen Industriestaaten ist es, dass die von den Megaprojekten betroffenen Gemeinschaften miteinander in Dialog treten. Das ist aber nicht einfach. Denn unsere Regierungen sind Handlanger und verschachern unseren Boden an den Meistbietenden. Wer sich widersetzt, wird als Destabilisierungsfaktor betrachtet.

Wenn die indigenen Völker in dem Zusammenhang an die Solidarität der Menschen und Regierungen im reichen Norden appellieren, geht es darum, dass diese von ihren Konzernen Respekt und soziale Verantwortung verlangen und das auch garantieren.

Ohne die Welt der Indigenen zu idealisieren, die ebenfalls Widersprüche in sich trägt, muss anerkannt werden, dass die Gleichberechtigung von Personen und Ökosystemen, der Respekt vor kulturellen Unterschieden und die Sorge für die Natur zur Weltanschauung der Mayas gehören. Und vor allem der Wandel von der Menschzentriertheit hin zur Sorge für das gemeinsame Haus: unseres Planeten.

IN ZAHLEN

3

Guatemala verfügt über ein Budget von 3 Mrd. Franken. Zum Vergleich: Montantos Umsatz liegt bei 15 Mrd. Franken.

117

Druck der Strasse brachte 117 der 158 Abgeordneten dazu, 2014 gegen das Monsanto-Gesetz zu stimmen.

1260

Das Monsanto-Gesetz drohte mit 1260 Franken Busse. Dies entspricht einem Durchschnittseinkommen von drei Jahren.

KONZERNVERANTWORTUNG

Die meisten Konzerne haben keine Menschenrechtspolitik

Brot für alle und **Fastenopfer** haben die Menschenrechtspolitik der 200 grössten Schweizer Konzerne untersucht. Die Ergebnisse der Studie sind ernüchternd.



Globale Verantwortung übernehmen noch die wenigsten Konzerne.

In einer globalisierten Welt braucht es internationale Standards, damit die Menschenrechte überall auf der Welt geachtet werden. So das Fazit eines mehrjährigen Prozesses, in dem unter der Leitung des Uno-Sonderbeauftragten John Ruggie die Verantwortlichkeit der Wirtschaft für die Menschenrechte definiert wurde. Die daraus resultierenden «Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte» wurden im Juni 2011 einstimmig vom Uno-Menschenrechtsrat angenommen. Seither betont die Schweizer Regierung, dass die

Konzern-Initiative steht

Ein Jahr nach Lancierung der Konzernverantwortungsinitiative sind die nötigen 100 000 Unterschriften schon erreicht. Danke an alle, die dazu beigetragen haben! Jede weitere Unterschrift hilft uns, dem Anliegen noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Uno-Leitprinzipien der Standard sind, den Schweizer Konzerne umsetzen müssen. Wie es effektiv um die Umsetzung steht, zeigt eine Studie von *Fastenopfer* und *Brot für alle*, die die 100 grössten börsenkotierten und die 100 grössten nichtbörsenkotierten Schweizer Konzerne hinsichtlich ihrer Menschenrechtspolitik unter die Lupe nahm. Die Ergebnisse sind schockierend:

- 61,5 Prozent der Konzerne haben weder einen Verhaltenskodex noch eine Menschenrechtspolitik oder kommunizieren nicht darüber. Missbräuche wie Kinderarbeit, Zwangsumsiedlungen oder Umweltverschmutzungen gehören für sie demnach nicht in ihre Verantwortung.

- Nur 11 Prozent der untersuchten Konzerne haben begonnen, die Uno-Leitprinzipien umzusetzen. Auffallend ist, dass diese fast alle in der Vergangenheit wegen Menschenrechtsverletzungen in die Kritik gerieten. Die Studie kommt zum Schluss, dass nur eine absolute Minderheit der Konzerne freiwillig eine glaubwürdige und fortschrittliche Menschenrechtspolitik nach Uno-Vorgaben eingeführt hat. Deshalb, so das Fazit, braucht es eine gesetzlich verbindliche Sorgfaltspflicht, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative verlangt.

— Chantal Peyer

Die Studie ist zu finden auf: www.sehen-und-handeln.ch/konzerne

ENTWICKLUNGSGELDER

«Weckruf» gegen Sparmassnahmen

Am 22. März hat die Finanzkommission des Nationalrats beschlossen, die öffentlichen Entwicklungsgelder auf 0,4% des BNP zu kürzen. Mindestens ein Viertel der langfristig angelegten Schweizer Entwicklungszusammenarbeit müsste damit gestrichen werden, erfolgreiche Aufbauarbeit würde zunichte gemacht. Um dem drohenden Kahlschlag etwas entgegenzusetzen, haben 30 NGOs, darunter auch *Brot für alle* und *Fastenopfer*, einen «Weckruf gegen Hunger und Armut» lanciert. Er richtet sich an National- und Ständerät/innen, die in den kommenden Wochen über die Zukunft der Schweizer EZA entscheiden.

www.weckruf-armut.ch

JAHRESBERICHT

Ein Jahr im Zeichen des Wandels

Brot für alle hat sich 2015 vertieft damit befasst, welcher Wandel für eine nachhaltige Zukunft nötig ist. Bernard DuPasquier, der am 1. September die Geschäftsleitung übernahm, will den dringend nötigen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Wandel denn auch stärker ins Zentrum der Arbeit stellen. Insgesamt erhielt *Brot für alle* 2015 Zuwendungen und Deza-Beiträge im Umfang von Fr. 18 985 000. Vierzig Prozent flossen in die Arbeit von *Brot für alle*, 60 Prozent kamen den Projekten der evangelischen Partnerwerke zugute. www.brotfueralle.ch/jahresbericht

MENSCHEN IN AKTION

In kleinen Schritten die Welt verändern

«Ich habe die Strassenarbeit immer gemocht, mit oder ohne Kirche», erzählt Emmanuel Theler, seit 25 Jahren kirchlicher Animator in Sitten. Bescheiden, fast zögerlich zählt er auf. Er hat 'Restos du Cœur' in Sion gegründet, die in den Wintermonaten Nahrung und Kleidung an Bedürftige verteilen. Er gehörte zu den Initianten des Weihnachtsmarktes, macht seit Jahren bei den Suppentagen für *Fastenopfer* und *Brot für alle* mit. Am Weihnachtstag 2015 verpflegte seine Vereinigung beim Gymnasium Crosets 980 Menschen und bot zwölf Migrantengemeinschaften die Gelegenheit, die Gäste kulinarisch zu verwöhnen. «Ein Ziel ist es immer, Menschen am Ran-



Emmanuel Theler vor seiner aktuellen Wanderausstellung. Sie soll den Menschen die Augen öffnen für die Rolle der Schweiz im globalen Goldhandel.

de der Gesellschaft zu integrieren.» Als Emmanuel Theler aus dem pfarramtlichen Team ausgeschlossen wurde, bestärkte dies seinen Aktivismus zusätzlich. «Der neue Pfarrer wollte die Armen und Randständigen zwar aufnehmen, doch ausserhalb der Kirchgemeinde. Aber ich mag keine geschlossenen, ungenutzten Säle. Deshalb gründete ich die Vereinigung 'SET du Cœur', um eine Verbindung zu schaffen zwischen Menschen am Rand und dem Bedürfnis nach Unterhaltung und Dienstleistungen.» Und da er einen «anderen Ort brauchte, um die Welt zu verändern», begann er sich auch politisch zu engagieren.

Mit dem neuen Bischof änderten sich die Dinge. Emmanuel konnte sich der Kirche wieder annähern. Er erhielt gar den Auftrag, das Thema «Kirche und Migranten» innerhalb des Bistums zu bearbeiten – für ihn die Gelegenheit, Protestanten, traditionelle Katholiken, muslimische Gemein-

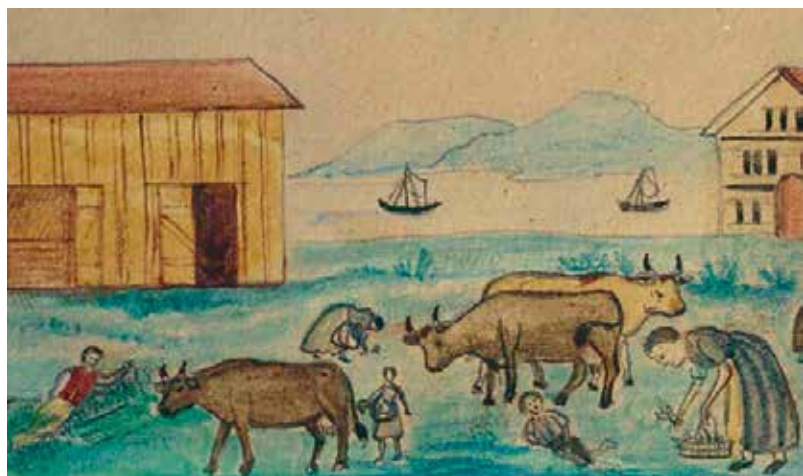
schaften und evangelische Kirchen zu vereinen. «Ökumene im herkömmlichen Sinn ist überholt. Die wahre Herausforderung ist die Begegnung mit Nichtgläubigen und anderen Religionen», sagt Theler.

Sein Engagement für *Brot für alle* und *Fastenopfer* ist ungebremst, da «die beiden Organisationen die Hilfe zur Selbsthilfe und den Zusammenhalt fördern». Bereits zum zehnten Mal hat er während der Ökumenischen Kampagne eine Fastengruppe begleitet. Letztes Jahr organisierte er anlässlich der Kampagne eine Ausstellung über den Fleischkonsum in der Schweiz. Er füllte den Planta-Platz in Sitten, um die vom Durchschnittsschweizer konsumierte Fleischmenge darzustellen. Dieses Jahr gestaltete er eine Ausstellung über den Goldhandel. «Mich motiviert es, Menschen einzubeziehen, zu gestalten, die Welt zu verändern. In kleinen Schritten ist es möglich.»

— Isolda Agazzi

1816

Das Jahr ohne Sommer



Menschen assen Gras mit dem Vieh auf den Weiden: Ein unbekannter Künstler hat die Dramatik von 1816 in einem Bild festgehalten.

Die letzte schwere Hungerkrise in der Schweiz ereignete sich vor 200 Jahren. Das Zürcher Oberland wird sich diesen Sommer daran erinnern, aber auch den Bogen zur Gegenwart spannen und die Arbeit von *Fastenopfer* und *Brot für alle* unterstützen.

1816 schneite es bis Juni auch in tiefen Lagen. Es blieb der Bevölkerung als das Jahr ohne Sommer in Erinnerung, geriet später aber fast in Vergessenheit. Wegen Missernten starben mancherorts bis zu zehn Prozent der Bevölkerung. Die Menschen assen Gras – mit dem Vieh auf der Weide. Betroffen waren vor allem das Zürcher Oberland und die Ostschweiz. Erst hundert Jahre später fand man die Ursache heraus: In Indonesien hatte 1815 der grösste Vulkanausbruch riesige Mengen von Asche in die Atmosphäre geschleudert, die sich um

den ganzen Erdball verteilten. Neuere Erkenntnisse machen aber klar: Es gab noch weitere Ursachen, die zur Hungerkrise führten.

Im Sommer 2016 soll deshalb der Bogen gespannt werden zu Klima, Hunger und Armut heute. Eigentliches Zentrum ist das Ritterhaus Bubikon. Gemeinden, Schulen, Pfarreien und Kirchgemeinden planen zahlreiche Begleitveranstaltungen. Zugleich sammelt die Region Geld für Projekte in Hungergebieten von heute: Unterstützt wird *Brot für alle* und *Fastenopfer* in Guatemala für nachhaltige Landwirtschaft. Die beiden Hilfswerke werden zudem bei Schulbesuchen und mit Referaten auf die Ursachen des aktuellen Hungers auf der Welt eingehen. — Patricio Frei
www.fastenopfer.ch/1816
www.brotfueralle.ch/1816